

**Presse
Rundfunk
Fernsehen**



**Gewerkschaft
der Polizei**
Landesvorstand

Wiesbaden, den 18. Januar 2008

Pressekonferenz der GdP zur Postkartenaktion am 18. Januar 2008 in Wiesbaden

Im Zeitraum von 1999 bis 2007, in dem die CDU in der Regierungsverantwortung ist, haben bei der hessischen Polizei **3232** Kolleginnen und Kollegen erfolgreich ihre Ausbildung abgeschlossen.

Demgegenüber sind **3648** Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamte aus dem aktiven Dienst ausgeschieden (Ruhestand pp.).

Es bleibt ein Minus von **416** Beamtinnen und Beamte bei der Schutz- und Kriminalpolizei.

Durch die „**Operation Sichere Zukunft**“, namentlich dem **Zukunftssicherungsgesetz**, das Ministerpräsident Roland Koch unterzeichnet hat, werden bis Ende 2008 bei der hessischen Polizei **968** Stellen, davon **360** Polizeivollzugsstellen und **608** Tarifstellen, gestrichen.

Durch die Stellenstreichung im Tarifbereich muss die anfallende Arbeit nunmehr durch Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamten geleistet werden.

Dies monierte der hessische Landesrechnungshof in seinem veröffentlichten Prüfbericht zum Haushaltsjahr 2006.

220 Polizeivollzugsbeamtinnen und beamte werden „*zweckentfremdet*“ für Verwaltungsaufgaben eingesetzt. In Summe entspricht dies etwa ein Fünftel des Gesamtpersonals im Verwaltungsbereich.

Daher ist das erklärte Ziel von Innenminister Bouffier, auf jede Polizeistation / jedes Kriminalkommissariat einen Beamten / eine Beamtin mehr zu installieren, nur eine Worthülse geblieben.

Die Basisdienststellen, die Polizeistationen und –reviere und die Kriminalkommissariate, haben einen signifikanten Personalverlust erfahren.

Innenminister Bouffier hat in der Landtagsdrucksache **16 /6830** eine Stellenreduzierung von **328,5** Planstellen bei den sieben Flächenpräsidien mit seiner Unterschrift bestätigt.

Seit dem 11. September 2001 hat sich auch in Hessen die Sicherheitslage zunehmend verschärft.

Die Terrorgefahr macht nicht vor den Landesgrenzen halt. Internet-, organisierte Kriminalität und die Jugendkriminalität fordern die hessischen Polizistinnen und Polizisten immer stärker.

Vorhandenes Personal muss demzufolge zusätzliche Aufgaben wahrnehmen. Beispielsweise wurden arbeitsintensive Internetkommissariate eingerichtet.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hessen, Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden

GdP-Landesbezirk Hessen, Geschäftsstelle, Tel. 0611-99227-50

Homepage: www.gdp.de/hessen

/2

Die Zunahme der Aufgaben sowie die steigenden Personalerfordernisse bei Großeinsätzen, die zusätzlich zum alltäglichen Dienst bewältigt werden müssen, schlagen sich in mehr als 2 Millionen Überstunden nieder.

Ein Überstundenabbau durch Freizeitvergütung ist angesichts des schmalen Personalkorsetts nur eingeschränkt möglich.

Fakten zum Personal- und Stellenabbau:

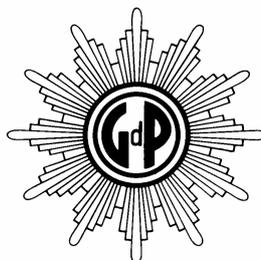
- Zukunftssicherungsgesetz - **360** Polizeivollzugsstellen
- - **608** Tarifstellen
- Landtagsdrucksache 16 /6830 - **328,5** Polizeivollzugsstellen
- Differenz Ausbildung ./ . Ruhestand - **416** Polizeivollzugsstellen
- Zweckentfremdet eingesetzt (Landesrechnungshof) - **220** Polizeivollzugsstellen

Nicht berücksichtigt sind 630 Vollzugsbeamtinnen und -beamte, die ihren Dienst in Teilzeit verrichten.

Dies bedeutet ein deutliches Minus an Arbeitswert.

Für den Dienst an den Bürgerinnen und Bürgern / Präventionsarbeit bleibt der hessischen Polizei deshalb immer weniger Spielraum.

Pressemeldung



Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

gdp-pressestelle@gdp-online.de

Wiesbaden, 18. Januar 2008

**GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg
zur Unterschriftenaktion des GdP-Landesbezirks Hessen
am Freitag, 18. Januar, in Wiesbaden:**

Der öffentliche Raum wird nur durch Polizei sicherer

Ministerpräsident Koch sorgt sich um die Sicherheit der Menschen in seinem Land - zumindest im Wahlkampf. Mit schärferen Gesetzen will er die Kriminalität bekämpfen, vor allem die Jugend- und Gewaltkriminalität. Notfalls sollen Kinder in den Knast.

Womit Koch wohl nicht gerechnet hat:

Zwar ist das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigt, nicht aber ihr Denkvermögen.

Die Bevölkerung weiß, dass nur eine deutlich stärkere Präsenz der Polizei viele Straftaten verhindern kann. Straftäter müssen schnell gefasst und umgehend für ihre Tat zur Rechenschaft gezogen werden. Mit immer weniger Polizei und Justiz ist der Kampf gegen die Kriminalität nicht zu gewinnen.

Aber so hat sich Herr Koch das wohl nicht gedacht. Plötzlich werden alle, die den Finger auf die Wunden seiner Sicherheitspolitik legen, „unsachlich“. Zum Beispiel, wenn sie darauf hinweisen, dass Koch

- soziale Projekte zusammengestrichen hat
- die Polizei reduziert hat
- bei der Justiz Stellen gestrichen hat
- und dass in Hessen die Jugendgewalt in besonderem Maße gestiegen ist

Einige Polizeipräsidenten erklären, die Zahl der Straftaten gehe seit Jahren deutlich zurück, die Aufklärungsquote habe einen historischen Höchststand und überhaupt gehöre Hessen zu den sichersten Bundesländern in Deutschland.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190

Der Präsident des hessischen Landeskriminalamtes berichtet am 14. Januar in Wiesbaden davon, dass bei den Delikten "schwere und gefährliche Körperverletzung" der Anteil der Jugendlichen unter den Tätern von 1999 bis 2006 landesweit von 15,6 auf 20,3 Prozent gestiegen sei. Berechnungen des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) gehen sogar von einem Anstieg der gefährlichen und schweren Körperverletzungen durch jugendliche Täter in Hessen bezogen auf die Einwohnerzahl von 1999 bis 2006 um 66 Prozent aus.

Daher, so wird Koch in den Medien zitiert, sei Hessen ein Land, „das heftig mit Kriminalität ringen“ müsse. Auch Kochs Bundespartei sieht offenbar keinen Grund zur Entwarnung und benannte den hessischen Ministerpräsidenten zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe der Bundes-CDU "Sicherheit im öffentlichen Raum".

Der Sicherheitsbericht der Bundesregierung von 2006, den die Innenministerkonferenz zur Kenntnis genommen hat, besagt, dass das bisherige Jugendstrafrecht ein ausreichendes Instrument ist.

Auch das Kabinett hat mit Unterschrift der Bundeskanzlerin im März 2006 beschlossen, dass eine Verschärfung des Jugendstrafrechtes nicht für erforderlich gehalten wird.

„Sicherheit im öffentlichen Raum“ ist das Thema, das die Menschen in Hessen bewegt. Der große Erfolg der Postkartenaktion meiner Kolleginnen und Kollegen hier in Hessen ist ein Beweis dafür. Über 30.000 Menschen haben weder Mühe noch Briefmarken gescheut, um die GdP in ihrem Kampf gegen einen weiteren Abbau der Polizei „im öffentlichen Raum“ durch Schließung von Polizeiwachen und Streichung von Stellen zu unterstützen.

Sie wissen nämlich: Der öffentliche Raum wird nicht durch Ministerpräsidenten, Wahlkampfparolen und Gesetzestexte sicherer, sondern durch Polizistinnen und Polizisten.